

Verbleib eines Tibeters seit seiner Festnahme letzten Monat unbekannt

Von einem Tibeter, der Anfang Oktober wegen unbekannter Anschuldigungen verhaftet wurde, hat man nichts mehr gehört, und er ist im Polizeigewahrsam verschwunden, teilte eine lokale Quelle dem tibetischen Dienst von Radio Free Asia (RFA) mit.

Lhadar, 36, wurde im Kreis Nagchu in Gewahrsam genommen, nachdem er von der Polizei gewarnt worden war, das Gebiet nicht zu verlassen. Er wohnte im Dorf Geso Tsalhi in der Gemeinde Tarchen, Präfektur Nagchu (chin. Naqu), sagte die Quelle unter der Bedingung, dass sie anonym bleibt.

„Es wird davon ausgegangen, dass er wegen Ausplauderns von Staatsgeheimnissen verhaftet wurde“ - einer Anklage, die oft erhoben wird, um die Verbreitung von Nachrichten über Proteste gegen Pekings Herrschaft in tibetischen Gebieten oder andere Informationen, die von den Behörden als politisch sensibel erachtet werden, zu stoppen.



„Lhadar ist entschieden gegen Chinas repressive Politik, wie die politischen Umerziehungsprogramme und die zahlreichen Einschränkungen für Tibeter eingestellt“, sagte die Quelle.

„Er hat sich immer offen zu Fragen der Wiedervereinigung des tibetischen Volkes in Tibet und im Exil geäußert und hofft sehr, daß der Dalai Lama nach Tibet zurückkehren wird. Deshalb stand er auf der Beobachtungsliste der chinesischen Polizei“, sagte er.

Lhadar ist schon zuvor bei Protesten gegen chinesische „patriotische Erziehungskampagnen“ mit den Behörden in Nagchu zusammengestoßen und zusammen mit anderen Tibetern verhaftet und geschlagen worden, verlautet aus der Quelle. „Er wurde schließlich freigelassen, aber seitdem war seine Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt“.

Tibet, eine ehemals unabhängige Nation, wurde vor fast 70 Jahren gewaltsam von China annektiert, woraufhin der Dalai Lama und Tausende seiner Anhänger ins Exil nach Indien flohen.

Die chinesischen Behörden behalten die Region nun fest im Griff; politische Aktivitäten sind den Tibetern gänzlich verboten und der friedliche Ausdruck ihrer ethnischen und religiösen Identität ist stark eingeschränkt, sie sind der Verfolgung, Folter, Inhaftierung und Tötung ohne Gerichtsverfahren ausgesetzt.